

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abohmentpreis monatlich 1,00 M., vierteljährlich 3,00 M.; durch die Post bezogen monatlich 2 M., vierteljährlich 6 M. — Verhandlungsauszeichen kosten pro Zeile 75 Pf. — Zeit- und Geschäftsauszeichen werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: H. Hanemann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämlich in Bochum, Bleichstrasse 38—42. Telefon-Arn. 98 n. 89. Telegr.-Abt.: Altvorstand Bochum

Fluch der bösen Tat!

Der 13. März 1920 muss als ein besonderer Unglücksstag in der Leidensgeschichte unseres schwergeprüften Volkes gebucht werden. Alles, was sich danach an schauerlichen Tötungen und Verstörungen in den Industriebezirken und Großstädten ereignet hat, ist die Folge des Putsches der Kapp und Blüttwölfe und fällt diesen Urhebern des entsetzlichen Bürgerkrieges zur Last!

Diese Tatfrage wollen und dürfen wir nicht verdunkeln lassen, um der Gerechtigkeit willen. Allen Versuchen, die Kappisten als unschuldig an dem massenhaft vergessenen Blut hinzustellen, müssen wir sofort scharf entgegentreten, nun der Wahrheit willen.

Unser armes Volk hat einen beispiellosen Krieg hinter sich. Die von den sturzlos überierenden Eroberungspolitikern immer wieder in Aussicht gestellten „reichlichen Entschädigungen“ sind nicht nur ausgeblieben, sondern Deutschland wurde vollständig geschlagen, durch einen grausamen „Friedensvertrag“ geknebelt und mit ungewöhnlichen Bedingungen überlassen. In den entschleierten Massen brütete Verzweiflungsstimmung. Jede Hoffnung auf Wiederauferstehung schien gleichzuvenden. Aus dieser Stimmung heraus wurde der Überglauke an das Heilmittel des gewaltigen Putschs für die „Beiseitung des Kapitalismus“, wurde auch der Überglauke an die Entwicklung der „Diktatur des Proletariats“ geboren. Der Krieg hat diese Geistesverwirrung erzeugt.

Es kostete den politisch und wirtschaftlich einsichtigen Männern und Frauen unsägliche Mühe, allmählich wieder den Sinn für die Wirklichkeit in den der Verzweiflungsstimmung anheimgefallenen Massen zu finden. Langsam aber sicher ging ein Gesundungsprozeß vor sich! Die entscheidende Bedeutung der produktiven Arbeit wurde immer mehr wieder erkannt. Das Starren in die Ferne nach einem wunderbaren Erfüller von allen Nöten ließ merklich nach. Die Bergleute insbesondere gingen entschlossen als Pioniere an den Kriegsaufbau unserer Volkswirtschaft. Sie vertraten im Allgemeininteresse die weitere Schichtverkürzung, ja sie verhinderten sogar regelmäßige Überstechen, um den feiernden Arbeitabenden aus der Kohlennot zu helfen. Die Kohlensförderung hob sich prächtig, der Eisenbahnverkehr wurde besser geregelt. Unter Auslandskredit besserte sich, die deutsche Mark stieg im Wert.

Zu diesen Vorstrüblingen unserer Volkswirtschaft prägte der Hagelschlag des Kapp-Verbrenns hinein! Erst in seinem Gefolge brachen die wildesten Stürme herauf, um deren Eindämmung und Beruhigung sich alle wahren Volksfreunde monatelang, schließlich mit sichtbarem Erfolg bemühten.

Ohne das Verbrechen der Kappisten wäre es nicht zu dem Bürgerkrieg gekommen, der ungeheure Opfer an Blut und Gut gefordert hat, dessen Nachwirkungen noch unübersehbar sind. Auch wenn, wie jetzt behauptet wird, die putschistisch-syndikalistischen Wahlnomaden eine bewußte Erhebung vorbereitet hätten, sie wären nicht zur Bedeutung gekommen, wenn nicht der Putsch der Kappisten die zweitlos eingetretene Verhügung der proletarischen Massen in verbrecherischer Weise jäh unterbrochen. Nun erst war für die Befürworter der „Diktatur des Proletariats“ eine passende Situation geschaffen, durch Kapp, Blüttwölfe und Genossen. Der von der gesamten organisierten Arbeiterschaft, einschließlich der Christlichen und der Kirch-Dimensions unternommene Siegreiche Kampf für die Reichsverfassung beteiligt, soll von militärischer Seite vorgegangen sein. Hände weg! von diesen Verhügungskämpfern! Wir fordern, daß mit Schärfe vorgegangen wird gegen die Verbrecher vom 13. März, denen wir all das Unheil und Elend zu verdanken haben! Sie haben unsere wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung verbrecherisch gestoppt, sie haben den Bürgerkrieg entfacht, sie sind auch die stärkste Urheber der blutigen Erzeuger gemeinschaftlicher Elemente! Läßt man die Verbrecher vom 13. März nicht die volle Schwere der Strafe für ihre böse Tat fühlen, dann wird das arbeitende Volk erneut in die Verzweiflungsstimmung versetzen. Unseren Kameraden und Arbeitsbrüder aber rufen wir zu: Vernetzt alle aus den Bluttagen, daß eine Diktatur von rechts wie von links keine Bestand haben kann! Keht alle wieder zurück zu dem eisigen Kampf. Nach allen Seiten muß der Ruf erschallen: Macht wieder! Nicht mit dem Rüstzeug der Barbaren, mit den Waffen des Geistes wollen wir streiten. Unwiderrücklich ist die Gemeinschaft der Hand- und Kopfarbeiter, wenn sie sich brüderlich vereinigt zur Abwehr der Aktion. Das hat das schnelle Niederschlagen der Kappisten bewiesen.

Schlicht die Reihen, Bergarbeiter! Steicht auch die Hände im Bergarbeiterverband, ohne Unterschied des politischen und des religiösen Glaubens. Der Bergarbeiterverband ist unsere siegversprechende Waffe. Die Berücksichtigung muß bejügt werden. Es darf keine Lücke mehr zwischen den Bergarbeitern sein. Danach muß jetzt gehandelt werden.

Mehrarbeit im Bergbau und Lebensmittel.

Am 3. März hielt der Regierungsrat Dr. Bodenstein bei Verhandlungen mit den Organisationsleiter der Eisenbahnarbeiter und Beamten im Reichsarbeitsministerium einen Vortrag, worin er ausführte, daß Überstechen abkommen im Bergbau bezweckt die Steigerung der Kohlensförderung, um 1. Eisenbahn, Industrie, Landwirtschaft, Hansa-Brand usw. besser zu versorgen, 2. Lebensmittel aus dem Ausland verschaffen zu können, 3. die Ansprüche der Entente aus dem Friedensvertrag zu befriedigen. Weiter führte er u. a. aus:

In einer Überstecht von 7 Stunden in der Woche fördert der Bergmann im Ruhrgebiet rund 0,6 bis 0,7 Tonnen Kohlen, im Monat (genau genommen in 4 Wochen) in 4 solchen Überstechen rund 2½ Tonnen. Bei einer Gesamtbelegschaft von fast 500 000 Bergleuten — unter Abzug von Erkanten, Beurlaubten usw. — würde demnach die Mehrförderung im Monat 1 Million bis 1½ Millionen Tonnen betragen.

1 Tonne Kohlen kostet im Ausland unter Berücksichtigung des Zollabzugs für Überstechen rund 900 M. Wird diese Tonne Kohlen nach Holland ausgesetzt, so bringt sie den Weltmarktpreis von rund 75 Gulden. Daß diese 75 Gulden bei der jetzigen Valuta rund 2 500 Mark sind, spielt bei dieser Berechnung keine besondere Rolle.

1 Kilogramm Zett kostet in Holland zur Zeit 1,25 Gulden, für 73 Gulden = 1 Tonne Kohlen sind hierdurch 50 Kilogramm Zett zu erhalten. Unter Abzug von Schwund, Gewichtsverlust bei Teilstellung usw. rechnet man rund 50 Kilogramm = 1 Bentner. Für die Tonne Kohlen kann hierdurch 1 Bentner Zett eingetauscht werden. Werden diese 50 Kilogramm Zett nach dem Ruhrgebiet gebracht, so würde es genügen, daß sie bei ihrer Aufstellung und Verkauf insgesamt den obenerwähnten Gesamtvertrag von 800 M. erbrachten; das Kilogramm könnte hierdurch zu 6 Mark, das Pfund zu 3 M. abgegeben werden. Wird dieser Preis in Höhe von 300 M. an das Kohlensyndikat bezahlt, so kann die Mehrförderung im Monat 1 Million bis 1½ Millionen Tonnen betragen.

1 Kilogramm Zett kostet in Holland zur Zeit 1,25 Gulden, für 73 Gulden = 1 Tonne Kohlen sind hierdurch 50 Kilogramm Zett zu erhalten. Unter Abzug von Schwund, Gewichtsverlust bei Teilstellung usw. rechnet man rund 50 Kilogramm = 1 Bentner. Für die Tonne Kohlen kann hierdurch 1 Bentner Zett eingetauscht werden. Werden diese 50 Kilogramm Zett nach dem Ruhrgebiet gebracht, so würde es genügen, daß sie bei ihrer Aufstellung und Verkauf insgesamt den obenerwähnten Gesamtvertrag von 800 M. erbrachten; das Kilogramm könnte hierdurch zu 6 Mark, das Pfund zu 3 M. abgegeben werden. Wird dieser Preis in Höhe von 300 M. an das Kohlensyndikat bezahlt, so kann die Mehrförderung im Monat 1 Million bis 1½ Millionen Tonnen betragen.

Würden alle 500 000 Ruhrbergleute dies tun, eine Überschicht verfahren, so wären hierdurch 2 mal 50 000 = 1 Million Kilogramm

Zett erforderlich. Da für 1 Tonne Kohlen 50 Kilogramm Zett in Holland eingetauscht werden, so sind für den Bedarf von 1 Million Kilogramm Zett pro Monat im ganzen nur 20 000 Tonnen Kohle zum Eintauch und Ausfuhr erforderlich, um jedem Ruhrbergmann im Monat 2 Kilogramm Zett zu gewähren. Die gesamte Mehrförderung durch die Überstechen im Monat beträgt über 1 Million Tonnen, jedoch von dieser Überstechenförderung nur knapp 2 % erforderlich werden, um den ganzen Bedarf des Ruhrbergsteins an Zett im Monat zu decken, ein hierdurch ganz geringfügiger Prozentsatz.

Wenn seitens unserer heimischen Industrie, wie es in den letzten Tagen geschieht, gegen die Ausfuhr von Kohlen protestiert wird, so wird man auf diese Kohlen hinzuweisen müssen. Werden diese 20 000 Tonnen nicht ausgeführt, so würde die heimische Industrie ja auch die übrigen 300 000 Tonnen Kohle (ähnlich der Menge für die Entente) überhaupt nicht erhalten. Es ist also ein ganz geringfügiger Einsatz, um eine hohe Mehrzuführung für unsere heimische Industrie, Landwirtschaft, Hausbedarf zu erlangen.

Ich darf hier, um volkswirtschaftlich berechtigten Einwänden gleich zu begegnen, einschalten, daß vom volkswirtschaftlichen Standpunkt die Ausfuhr von Kohle, wie überhaupt von Rohprodukten, ein Grundfehler ist, oder besser gesagt ein Fehler wäre. In normalen Zeiten muß jede Volkswirtschaft darauf legen, Waren in höchster Verarbeitung, nach Beschäftigung möglichst vieler Arbeiter, in hochwertigem Zustand auszuführen. Wenn unsere Volkswirtschaft darauf legt, Waren in höchst geordneten Bahnen zu befinden und die Kohle in alle die kleinen Kanäle der Wirtschaft bis in jeden Fabrikationszweig geleitet werden kann, dann darf Kohle, solange die heimische Industrie ihrer benötigt, selbstverständlich nicht ausgeführt werden; aber jetzt befinden wir uns in abnormalen Zuständen. Schon die Transportfrage macht es nicht möglich, überall dahin, wo es nötig wäre, Kohle zu seilen. Dann drängt die Zeit, wir müssen sofort Lebensmittel haben und deshalb ist jetzt vorübergehend für die nächsten Wochen der geringe Prozentsatz von Überstechenföhre zur Ausfuhr und Einsicht gegen Lebensmittel nötig.

Deutschland hat im ganzen 200 000 Eisenloch-, Braunkohlen-, Kali-, Erz- und Teekalter-Bergleute. Nimmt man einmal an, daß alle diese Bergleute Deutschlands wöchentlich eine Übersicht verfahren, ähnlich wie im Ruhrgebiet, und in gleicher Weise mit Zett also im Monat mit 4 Pfund Zett verfügt würden, so wären 1 200 000 Kilogramm erforderlich. Um diese Zeitmenge einzutauschen und hierdurch sämtliche 300 000 Bergleute Deutschlands zu versorgen, wäre die Ausfuhr und der Eintauch von 36 000 Tonnen Kohlen monatlich nötig, also nicht einmal 4 % der allein durch Überstechen nur im Ruhrvier im Monat geförderten Menge.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß die sämtlichen Bergleute zur Zeit nicht Überstechen verkehren können, teilweise überhaupt nicht beschäftigt sind. In der Altindustrie liegen von Woche zu Woche nur einige Werke mehr in Betrieb zu bringen, so werden durch die hierdurch geförderte Mehrmenge an Kali Militärwaren, selbst nach Reduktion des Infanteriebedarfs, zur Ausfuhr und zum Eintauch gegen Lebensmittel frei, sodass die Ausfuhr von Kohle in gleichem Maße immer weniger nötig wird. Um dieses Ziel zu erreichen und die Kohle in Tätigkeit zu setzen, ist ihre Minimierung und die Hilfe der Eisenbahnen erforderlich. Erhöhte Wiederherstellung der reparaturbedürftigen Lokomotiven, erhöhte Umlaufzeit des Wagenwerts usw. werden die raschere Ausfuhr der jetzt geforderten Kohle ermöglichen. Von heut auf morgen ist dies natürlich nicht zu erreichen, aber je rascher wir einmal damit anfangen, um so eher werden wir das ersehnte Ziel vermehrter Produktion erreichen.

Ich würde auch dafür eintreten, daß die Eisenbahner in entsprechendem Maße bei Überarbeit verpflichtet werden. Auch hier einige Richter, die darum, wie leicht dies möglich ist. In den Werkstätten der Preußisch-Hessischen Staatsseisenbahnen sind rund 150 000 Arbeiter beschäftigt. Nimmt man an, nur von einer Zahl zu wählen, daß jeder dieser Arbeiter bei Überarbeit im Monat etwa 2 Pfund Zett erbringt, so sind zur Deckung dieses Bedarfs nur rund 3 000 Tonnen Kohle zur Ausfuhr und zum Eintauch in einem Tag in einer Übersicht gefördert. Das Solidarität und schon im eigenen Interesse, damit eine raschere Ausfuhr der Kohle eintritt, werden ohne Frage die Bergleute diese besondere Stehpproduktion für die Eisenbahner durch eine besondere Überarbeit leisten.

Berufungen anderer Industriezweige oder Arbeitergruppen auf die besondere Verpflichtung der Ruhrbergleute werden garnicht unerwünscht, müssten sogar willkommen sein. Wer Mehrarbeit leisten will, soll durch erhöhte Lebensmittelzufuhr hierzu in die Lage versetzt werden.

Nur Mehrarbeit kann uns aus unserem wirtschaftlichen Elend befreien. Es ist kein Schlagwort, hat auch nichts mit Politik zu tun, nichts mit Unternehmensinteresse, nichts mit Absichtnahme auf die Steuerung; die ein wirtschaftliche Notwendigkeit zwingt hierzu. Ich verstehe wohl, daß der Arbeiter, der den Weltstundentag erhalten hat, sich gegen eine Weiterarbeit schon aus grundsätzlichen Erwägungen stößt, aber wie der einzelne Mensch in seinem Leben auch dazu genötigt wird, in Ausnahmefällen einmal ganz fest zu zuspielen, so zu erhöhter anstrengender Arbeit aufzutreten, so geht es auch im Leben eines Volkes, und in dieser Zwangslage befindet sich nach dem unglückseligen Kriege unser Land. Um hinzukommen müssen wir alle jetzt überdrüssig mehr arbeiten. Sind wir erst aus dem wirtschaftlichen Elend heraus, so werden wir zu geringerer Arbeitszeit und Arbeitsleistung wieder zurücktreten können.

Vor dem Kriege kostete eine Tonne Kohlen im Ruhrgebiet 15 M., ein Pfund Zett kostete zu gleicher Zeit 80 bis 90 Pfennig, ein Kilogramm rund 1,80 bis 1,80 M. Für eine Tonne Kohlen = 15 M. erhält man demnach 8 bis 9 Kilogramm Zett. Und jetzt? — Unser Volk sagt mit Recht über die ja unerträglichen Preise für Lebensmittel. Beträchtet man aber die Weltmarktlage, so sieht man, daß kein Grund zum Schwachsinn vorliegt. Kaufen wir 1 Tonne Kohlen, wie oben ausgeschrieben = 75 Gulden, auf dem Weltmarkt ein, so erhalten wir rund 50 Kilogramm Zett, also für dieselbe Tonne deutscher Kohlen früher 9 Kilogramm, jetzt 10 Kilogramm Zett, demnach das Pfund Zett bis Sechsfache. Wenn einmal gesagt wurde, daß unsere Kohle Gold bedeutet, so ist dies kein Schlagwort, sondern reine Wahrheit. Dazu haben wir dieses Gold in unerschöpflichen unermüdbaren Mengen; unsere Kohlenlagerhäuser zur Felge gehen. Wir brauchen diese Kohle nur zu fördern, um sie einzutauschen und bei dem hohen Wert der Kohle relativ Lebensmittel deutlich zu erhalten. Was hier von Kohle gesagt ist, gilt in ähnlichen und noch verstärktem Maße von Kali. Das Ausland hungert nach Kali und nach Deckung des Infanteriebedarfs haben wir Gott überreicht zur Abgabe und Austausch im Ausland.

Bolzwirtschaftliche Rundschau. Landwirtschaft und Zwangswirtschaft.

Die Zwangswirtschaft ist durch den Mangel erzwungen worden und kann auch nur mit diesem verschwinden. Der Mangel kann durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft nicht beseitigt werden. Über die Preise würden derart festgelegt, daß die Kosten der Bevölkerung sie nicht mehr aufzutragen könnten, und noch mehr wie bisher hungern müsste. Das haben die Preisfestlegungen für Getreide, Fleisch, Obst usw. nach Aufhebung der Zwangswirtschaft einwandfrei gezeigt. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft wird darum auch hauptsächlich nur von landwirtschaftlichen und handwerklichen Unternehmen gefordert, die aus der Not des Volkes und neuer Kapital folgen oder der Reichsregierung Schadegeschehen machen wollen.

Wie diese Interessenten über die Aushebung der Zwangswirtschaft denken, das beweist eine Sitzung des Reichsausschusses der Landwirtschaft, die am 15. März, also am dritten Tage der Kappervorherrschaft, in Berlin unter Vorsitz des Ministers Edler von Braun stattfand, in der über die Zwangswirtschaft, insbesondere über die Kartoffelversorgung, verhandelt wurde. Der Direktor des Landbundes, von Woedtke, wies darauf hin, daß auch der Landbund bisher in der Aktion die Aushebung der Zwangswirtschaft gefordert habe, daß aber heute, wo es sich um eine praktische Vorratshaltung handle, der Landbund für die Aushebung der Zwangswirtschaft nicht eintreten könne. Man müsse doch berücksichtigen, daß Migration und Zuwanderung ganz verschiedene Sachen seien. Von Braun stimmte diesen Ausführungen zu und teilte mit, daß er in dieser Frage vormittags Verhandlungen mit dem in Aussicht genommenen Reichswirtschaftsminister Dr. Schlesse und dem Landwirtschaftsminister Freiherrn von Wangenheim gehabt habe, die ebenfalls gegen eine Aushebung der Zwangswirtschaft bei Kartoffeln seien. In der Sitzung seien auch diese Herren für sofortige Aushebung der Zwangswirtschaft gewesen, wenn sie aber heute die Verantwortung übernehmen sollten, so wäre das doch eine andere Sache.

Landbund und Bund der Landwirte haben somit bisher lediglich um Stimmenfang zu treiben, ihre Mitglieder irrgeschürt. Der Landbund, der angeblich als Stützpunkt gegen die Landarbeiterchaft begründet wurde, hat also zusammen mit den obengenannten Männer- und Führerschaften bewußt die gesamte Oberschicht getäuscht.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Forderungen an die Reichsregierung.

Die am Generalstreik beteiligten Arbeitnehmerorganisationen und die Vertreter der Parteileitungen der S.P.D. und U.S.D.A. sind am 6. April neuerlich in einer Sitzung der politischen Lage eingetreten. Sie haben insbesondere die Berichte ihrer ins Lärmreiter entstandenen Vertreternanträgen entgegengenommen und sind zu dem Ergebnis gelangt, vor der Reichsregierung mit größter Nachdruck auf Grund der Vereinbarungen, zu denen sich diese bei Einstellung des Generalstreiks verpflichtet hatte, die Erfüllung folgender Maßnahmen zu verlangen:

1. Rückzug der Reichswehr aus der neutralen Zone. Die Aufrechterhaltung der Ordnung obliegt den nach dem Besitzerübereinkommen zu bildenden Ortswehren.
2. Kein Einmarsch der Reichswehr südlich der Ruhr.

3. In dem von der Reichswehr außerhalb der neutralen Zone besetzten Gebiet sind die Ortswehren sofort zu bilden, worauf der Rückzug der Reichswehr erfolgt.

4. Die Vorgänge in Wilhelmshaven, Altenburg usw. verlangen sofortige Abhilfe. Die verfassungstreuen Unteroffiziere und Mannschaften sind zu schützen; die abgesetzten unverhältnismäßigen Offiziere sind nicht wieder zu verhören, sondern der Bestrafung zuzuführen. Das Kabinett wird vom Reichsminister sozialer und persönlicher Garantien gegen die Meisterverwendung unzuverlässiger Führer fordern. Die Lieferung von Munition an konterrevolutionäre Formationen (Brigade Ehrhardt usw.) ist sofort einzustellen.

5. Auf die preußische Regierung wird eingewirkt, damit die Reorganisation der Sicherheitswehren durch Einstellung organisierter Arbeitnehmer schnellstens zur Durchführung gebracht wird.

Die Arbeitnehmerorganisationen sehen in der schleunigen Durchführung dieser Maßnahme eine unabdingbare Voraussetzung, um der starken Erregung in der Arbeitnehmerschaft entgegenwirken zu können.

Die Organisationen untertreten ihre Stellungnahme sofort der Reichsregierung und behalten sich weitere Schritte nach Entgegennahme der Regierungserklärung vor.

Berlin, den 6. April 1920.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. C. Legien. — Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände. C. Urban. — Deutscher Beamtenbund. M. Lange. — Berliner Gewerkschaftskommission. C. Rusch. — Sozialdemokratische Partei Deutschlands. G. Mollendorf. — Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands. A. Crispin.

Bei den Verhandlungen mit der Reichsregierung am 7. April über die vorliegenden Forderungen ergab sich folgendes:

Die Reichsregierung erklärte, daß die Truppen, wenn irgend möglich, in den nächsten Tagen aus dem ganzen Ruhrgebiet zurückgezogen werden. Der Reichsminister hat angeordnet, daß der Nordkreis südlich der Ruhr nicht erobern darf. Die gleiche Anordnung hat Sitzung getroffen. Seitens der Regierung ist bereits angeordnet, daß die Reichsmilitärgarnisonen in Deutschland sofort aufgelöst werden sollen. Desgleichen die Einwohnerwehren; die Ortswehren sollen nach den von den Arbeitnehmerorganisationen gemachten Vorschlägen eingerichtet werden. Bezuglich der Vorgänge in Wilhelmshaven und Altenburg usw. erklärte der Justizminister im Einverständnis mit dem Reichskanzler, daß gegen die Kassiererfassung der Offiziere durch das Reichsmilitärgericht auf Grund des Schutzhaftgesetzes rechtlich nichts eingewendet werden kann, weil keine Tatsachen beigebracht seien, die einen Haftbefehl rechtfertigen. Amnestiebefreiung an konterrevolutionären Truppen findet nicht statt. Falls solche Lieferungen vor kommen, wird die strengste Bestrafung eingeleitet.

Die Aussöhnung der Arbeitgeberseite über die Reorganisation der Sicherheitswehr wird von der Reichsregierung getestet. Es haben am 7. April auch in diesem Sinne Verhandlungen mit dem preußischen Ministerpräsidenten stattgefunden.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Überbergamtbezirk Dortmund.

Kampf dem Knechtum und der Herrennahrung.

Herrennahrung und Knechtum haben seit Jahrzehnten den Boden für das entsetzliche Trouesspiel im rheinisch-westfälischen Industriegebiet bereit, welches durch das Kappverbrechen ausgelöst wurde. Dadurch bei der Betrachtung der ganzen Geschichte nicht übersehen werden. Aus aller Herren Länder wurden die billigen und willigen Arbeitskräfte zusammengeholt, entwurzelt und heimatlos gemacht und sind jeder gewerkschaftlichen und politischen Ausübung möglichst ferngehalten. Unsere organisierten Kämpfer wurden drangsaliert, von einer Arbeitsstelle zur anderen gehegt und sozusagen für längstes erfordert. Die vom Knechtum getragene Herrennahrung herrschte unmenschlich und hat besonders unserem Verbande seine Aufgabe ungeheuer erschwert und vielfach unmöglich gemacht. So kam es, daß die Zahl der geschulten Arbeiter verschwundenermäßig klein blieb und jetzt nicht ausreicht, die ungeschulte Massen zu zögern.

Diese böse Tat rächt sich jetzt tödlichstig aber nicht nur an den Arbeitern, sondern leider auch an dem ganzen deutschen Volke. Die ungeschulte Massen ist allen Einschlüssen zugänglich und erlegt jedem Menschen. Wer das Maul am weitesten aufreißen kann, ist Führer und kann die ungeschulte Massen beliebig seinen dünnen Zwecken dienbar machen. Wer kommt mit die Arbeit leiden müssen, kann man es als eine gerechte Vergeltung hinnehmen. Das tragische aber ist, daß derartiger diejenigen, am meisten leiden müssen, die stets mit allen Kräften und Mitteln gegen die Knechtum getragene Herrennahrung angekämpft haben. Sie werden sie direkt, jetzt werden sie indirekt Opfer der Herrennahrung.

Dagegen gibt es nur ein Mittel: Extremismus. Gezen den Knechtum muss ebenso angekämpft werden, wie gegen die Herrennahrung. Nur wo Knechtum besteht, ist Herrennahrung möglich. Die Worte allen Heils in mutigem der Knechtum, der mit Stumpf und Stiel ausgetötet werden müssen. In den Beziehungen dürfen niemanden mehr Knechtum noch Herrennahrung geduldet werden. Hier endetoff für die Betriebsleitung eine große erzieherische Aufgabe, die sie selbstverständlich nur erfüllen können, wenn sie selbst ergreifen, d.h. freie Männer und keine Knechte sind. Nicht derjenige ist innerlich frei, der das Maul am weitesten aufreißt, sondern wer sich frei fühlt und frei handelt. Nur so stellt sich der Knechtum in einem kommunistischen oder sozialistischen Lohnen. Es heißt darum auf Herz und Nieren prüfen. Unsere Pflug muss sein: Kampf dem Knechtum und der Herrennahrung auf der ganzen Linie!

Wirtschaftliche Gehilfe für die Streikenden.

In einer Sitzung des Centralvorstandes der Centralarbeitsgemeinschaft in Berlin in der Nacht vom 29. zum 30. März 1920 wurde folgende Entscheidung gefasst:

Der Centralvorstand der Centralarbeitsgemeinschaft beschließt, daß nach einer Verletzung von Knechten es nicht möglich seiem, in durchaus jämmerliches Vorzeichen, wie es den partizipativen Grundsätzen der Centralarbeitsgemeinschaft entspricht, dem Kapp-Clown durch ein sofortiges Ende zu bereiten.

Es herrscht Einigkeit darüber, daß der Bestand der Centralarbeitsgemeinschaft für die Weiterentwicklung unseres Wirtschaftslebens unbedingt erforderlich ist.

Was die Fortbildung der Streikende anlangt, so hält der Centralvorstand der Centralarbeitsgemeinschaft fest, daß trotz einer rechtlichen Verpflichtung zur Fortbildung der Streikende nicht besteht, wirtschaftliche Weisheit es gebietet, in dieser außergewöhnlichen Falle für die Zeit des Generalstreiks eine weitgehende wirtschaftliche Gehilfe zu gewähren. Auch dürfen die Streikende auf die Urlaubstage nicht angerechnet werden. Bei bereits abgeschlossenen freien Vereinbarungen soll es sein Betenden haben.

Überbergamtbezirk Bonn.

Verhandlungen der Arbeitsgemeinschaft in Dillenburg.

Am 30. März fanden in Dillenburg Verhandlungen in der Arbeitsgemeinschaft für Holzsteinen und Braunkohlengruben statt über Abschaffung eines Lohnarufes ab 1. April 1920. Die Verhandlungen begannen vormittags 9½ Uhr. Ein harter Kampf zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmerorganisationen wurde geführt. Zunächst wurde die Angelegenheit J. C. Grün geregelt. Beide Firmen holte seit zuletzt 2 Monaten einen Bagger mit Abramarken ausgestellt und die achtständige Schicht ohne Beinträchtigung der Abförderung des Vertrages eingeführt. Laut Tarifvertrag wäre besagte Firma verpflichtet gewesen, über ihr Vorhaben der Arbeitsgemeinschaft Mitteilung zu machen. Nach langer Verhandlung wurde vereinbart, daß pro Tag jedem Arbeiter eine halbe Stunde für Nebearbeit dem tariflich festgelegten Prozentatz der an dem Bagger Beschäftigten zu zählen sei. Mit dem 1. April wird, da die Gruppe zu den eigentlichen Tagesarbeitern zählt, die für diese Gruppe festgelegte Arbeitszeit vereinbart. Bei Bekanntgabe über den Lohnaruf für Holzsteinen wurde der Hauerdurchschnittslohn auf 24.— Pf. der Hauermindestlohn auf 29.— Pf. festgelegt. Die Schichtlöhne wurden im Durchschnitt mit wenigen Ausnahmen um 7.— Pf. pro Schicht erhöht. Eine Ausnahme, die die Firma Haas (Grube Röck) von dieser Vereinbarung machen will, soll im Verhandlungswege am 13. April geregelt werden. Hat schließlich es, daß eine Verständigung nicht erzielt werden konnte; es wurde darum um 3½ Uhr nachmittags die Sitzung um 1½ Stunde vertagt, um den Arbeitgeber die Möglichkeit zu geben, sich mit den Vorständen der einzelnen Gruben zu verständigen, weil keine ausnehmende Zustimmung gemacht werden konnte. Nach Aufnahme der weiteren Verhandlungen schien es, als ob die Verhandlungen schließlich bestiegende Zusage gemacht wurde. Endlich, knapp gegen 11 Uhr, wurde die obige Verständigung erzielt, nachdem die Organisationen an dem Gas von 34.— Pf. festhielten. Außerdem wird ein Kindergeld von 0,50 Pf. für jedes Kind unter 14 Jahren pro Schicht gewährt. Für das Braunkohlegebiet wurde der Hauerdurchschnittslohn von 27.— Pf. ebenfalls auf 34.— Pf. und der Hauermindestlohn auf 29.— Pf. festgelegt. Die Schichtenzulage schwankt auch von 5—7 Pf. pro Schicht. Ebenfalls wird auch hier das Kindergeld für den Braunkohlebezirk wie oben gehoben. Wenn auch in mancher Beziehung uns der Tarif das Gehöft nicht gebracht hat, so ist doch ein Erfolg zu verzeichnen, und kurz nach 3 Uhr nachts wurde die Verhandlung geschlossen.

Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Konferenz des Lugau-Oelsitzer Kohleareoviers.

Am 28. März fand im "Metziner Hof" in Oelsnitz eine Konferenz unserer Verbände statt, die neben den Vertretern von den neugewählten Betriebsräten, soweit für Verbands-Mitglieder sind, bestand. Die Tagesordnung war eine sehr reiche und ergab sich über alle Punkte eine rege, sachliche Aussprache. Kamerad Uhmann gab einen gebrauchten Überblick über die gegenwärtige Lage und wies dann weiter darauf hin, was im letzten Vierteljahr durch die Organisation erreicht worden ist. Daß der gewerkschaftliche Gedanke auch weitermarkiert und die Werkstatt der Organisation anhält, beweisen über 500 Neuaufnahmen, die in den letzten drei Monaten gemacht werden konnten. Bedeutlich ist es, daß in unserem Bezirk immer noch ein Grüppchen besteht, das Egretzinge für sich aufzählt. An den Kameraden liegt es, dafür zu sorgen, daß diese syndikalistische Richtung, die alles andere, nur seine gewerkschaftliche Organisation ist, im Gesamtinteresse der Bergarbeiter möglichst bald wieder verschwindet. Diese Zersplitterung hat sich auf den Oelsnitzer Werken bei den letzten Betriebswahltagen auch schon bemerkbar gemacht. Bezeichnend ist es, daß sich gerade auf diesen Werken, wo früher die Organisation so gut wie keinen Fuß fassen konnte, heute die größten Radikalismus befinden. Die beiden Tatsachen werden über weisen, daß auch diese Vorhelden mit Waffen losen müssen.

Am Stelle des früheren Betriebsleiters Max Krause, der von der Organisation in das sächsische Steinlohenspatz entsendet worden ist, wird Kamerad Max Uhlmann, und als Hilfskraft Max Fröhlich aus Niederschöna gewählt. — Für die Betriebsräte sollen in nächster Zeit bestehende Vorträge abgehalten werden; zunächst wird Friedel-Chemie über das Betriebsrätegesetz referieren. Weitere Vorträge über technisch-wirtschaftliche, Buchführung und Bilanzrechnen werden folgen. Weiter wird einstimmig beschlossen, den Belegschaften die achte Überstunde bis zum 31. Mai zu empfehlen. Neben wirtschaftlichen Gründen sprechen eine Welle sachliche dafür. Nicht nur, daß die Zeitverstellung im Vor- aus geregelt werden muß — es sind auch auf Anregung der weiter entstehenden Bergarbeiter eine Reihe Zugeständnisse getroffen, so vor kurzem noch der Übergang von Neu-Oelsnitz nach St. Egidien. Dies alles läßt sich ohne weiteres nicht über den Haufen werfen. Es wäre daher geradezu unverantwortlich gehandelt und würde von wenig gewerkschaftlicher Disziplin zeugen, wenn mit der achten Überstunde, ohne dies alles zu berücksichtigen, abgebrochen werden soll. Auch hier sind es wieder der Arbeitnehmerjungen, die, wo es früher keine Organisation gab, und wo Sonder- und Sonntagsarbeiten in schönster Blöße standen, die auf Aufhebung drängen. Wir hoffen aber, daß unsere Kameraden sich nicht von dieser Beeinflussung lassen, vielmehr sich geschlossen hinter diesen Vorschlag stellen.

Bei den Verhandlungen mit der Reichsregierung am 7. April über die vorliegenden Forderungen ergab sich folgendes:

Die Reichsregierung erklärte, daß die Truppen, wenn irgend möglich, in den nächsten Tagen aus dem ganzen Ruhrgebiet zurückgezogen werden. Der Reichsminister hat angeordnet, daß der Nordkreis südlich der Ruhr nicht erobern darf. Die gleiche Anordnung hat Sitzung getroffen. Seitens der Regierung ist bereits angeordnet, daß die Reichsmilitärgarnisonen in Deutschland sofort aufgelöst werden sollen.

Desgleichen die Einwohnerwehren; die Ortswehren sollen nach den von den Arbeitnehmerorganisationen gemachten Vorschlägen eingerichtet werden.

Bezuglich der Vorgänge in Wilhelmshaven und Altenburg usw. erklärte der Justizminister im Einverständnis mit dem Reichskanzler,

dass gegen die Kassiererfassung der Offiziere durch das Reichsmilitärgericht auf Grund des Schutzhaftgesetzes rechtlich nichts eingewendet werden kann, weil keine Tatsachen beigebracht seien, die einen Haftbefehl rechtfertigen.

Amnestiebefreiung an konterrevolutionären Truppen findet nicht statt.

Falls solche Lieferungen vor kommen, wird die strengste Bestrafung eingeleitet.

Die Aussöhnung der Arbeitgeberseite über die Reorganisation der Sicherheitswehren wird von der Reichsregierung getestet.

Es haben am 7. April auch in diesem Sinne Verhandlungen mit dem preußischen Ministerpräsidenten stattgefunden.

Berlin, den 6. April 1920.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. C. Legien. — Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände. C. Urban. — Deutscher Beamtenbund. M. Lange. — Berliner Gewerkschaftskommission. C. Rusch. — Sozialdemokratische Partei Deutschlands. G. Mollendorf. — Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands. A. Crispin.

Den zur arbeiten. Dieses Schriftstück ist nach Eisfelden zum Generalsekretär gesandt und wir bekommen in einigen Tagen die neuzeitliche Arbeitszeit. Der Betriebsrat und die Verbandsleitung von Halle haben gemeinsam ein solches Schreiben nach Eisfelden gesandt, bestimmt haben wir für den neuzeitlichen Arbeitstag. Der Briefe sollen auf Neu-Mansfeld liegen. Dort kann sie jeder einsehen.

Der Hauptvertreter dieser Verbindung ist ein fröhlicher, jugendlicher Betriebsrat, Schäfer-Liebschitz. — Bei einer Betriebsratsitzung sollte dieser Schäfer in Gegenwart des Direktors, Obersteigers und Fahrsteigers von Neu-Mansfeld und eines Ausschusmitgliedes den Beweis seiner Verbindung erbringen. Es sollte ausdrücklich gesagt werden, daß er auch nicht einen Schein des Betriebes erbringen könnte und alles sich aus den Fingern gesogen hätte. Als er seine gemeinsame Verbindung mit Bedauern zurücknehmen sollte, erklärte dieser „große“ Mann: „Das lädt meine Ehre nicht zu“. Mehrere Tage nachher gab es sich Schäfer und sein Kumpf Meier. Mansfeld, noch als vereidigte Stabsfahne. Sie sollen beide vor Gericht Beweis erbringen.

Mit Recht erklärten der Direktor, Ernst und Obersteiger: „Die Ehre des Schäfer und Meier ist aber ja, dieses Gewicht im Betrieb zu verbreiten und eine Umfrage unter die Arbeiter zu bringen.“ Tatsächlich haben sich viele Verbandsarbeiter von diesem Gewicht beeinflusst lassen und haben den Betrieb verlassen. Kameraden von Mansfeld, werbet Männer. Schlägt solchen Elementen auf die Nase, daß ihnen „Sehen und Hören“ vergeht. Ihr Ziel ist ja nur, den Verband und seine organisierten Betriebsräte unmöglich zu machen. Dieses wird ihnen nicht gelingen. Nehmt alle Meisterschäfer unter die Lupe und ihr werdet erkennen, daß es nur Leute sind, welche aus der Stabsfahne herausgewachsen sind. Sie wollen erraten und nicht hören.

Die Beitragsabgabe muß nur noch von mehreren Kärgeln bezogen werden, um unser Verband kaputt zu schlagen. Der Verband ist Schritt um Schritt groß geworden; auch die paar Kärgel werden nichts erreichen, wenn die Kameraden jetzt geschlossen plant machen. Sie haben nur einen Feind zu bekämpfen: das Großkapital. Geschlossen und gut aufgestellt müssen wir uns hinter die neuen Betriebsräte und Vertriebsräte stellen, wenn für uns etwas herausgeholt werden soll. Kameraden! Besucht unsere Versammlungen und lest die Arbeitgeber-Beschwerde. Sorgt dafür, daß alles Kärgeln und alles „Bessertrossen“ verschwindet. Bleibt gerechte Kritik. Der Frühling der Arbeit ist nicht weit. Er liegt vor Euch ausgedehnt. Gustav Möbel, Betriebsrat, Mitglied der Chorkastenfabrik Mansfeld.

Arbeitsgemeinschaft Gruppe Braunkohlebergbau.

Am 1. April fand in Halle eine Ausführungsversammlung der Arbeitsgemeinschaft Gruppe Braunkohlebergbau statt, um zum Generalstreik und zur Bergung der Streikenden Stellung zu nehmen. Nach langen einleitenden Worten über den Stand der Verhandlung erfolgte die Versetzung der Entscheidung des Vorstandes der Centralarbeitsgemeinschaft, welche wie an anderer Stelle bringt.

Unser Betriebsleiter H. d. u. i. gibt dann eine Darstellung der Beiteigenschaften, die sich in der Kärgische auf die Verhältnisse im Hollenbach-Betrieb beziehen. Er betont dabei, daß durch die Haltung des Militärs die rechtzeitige Entspannung der Streiklage hätte eintreten können. Ein Schluß seiner Ausführungen forderte er dann die Arbeitgeber auf, ihre Vorschläge bekannt zu geben. Es entsteht im Anschluß daran noch eine Aussprache, wie lange eine Berechtigung für den politischen Streik anzusehen sei. Die Ansichten gehen darüber auseinander.

Nach einer Sonderberatung der Arbeitgeber wird von ihnen für die Unterverbände Betriebsrat und Niederstabs folgender Vorschlag gemacht: In Abbruch der Tatsache, daß die Entscheidung der Centralarbeitsgemeinschaft eine weitgehende wirtschaftliche Gehilfe empfiehlt, sind die Arbeitgeber bereit, für fünf Schichten den vollen Tariflohn zu zahlen. Diese werden im Durchschnitt mit wenigen Ausnahmen um 7.— Pf. pro Schicht erhöht. Eine Ausnahme, die die Firma Haas (Grube Röck) von dieser Vereinbarung machen will, soll im Verhandlungswege am 13. April geregelt werden. Hat schließlich es, daß eine Verständigung nicht erzielt werden konnte; es wurde darum um 3½ Uhr nachmittags die Sitzung um 1½ Stunde vertagt, um den Arbeitgeber die Möglichkeit zu geben, sich mit den Vorständen der einzelnen Gruben zu verständigen. So wie es möglich ist, soll die Tariflohn auf der Basis von fünf Schichten zu 75 Pf. pro Tag erhöht werden.

Die Betriebsleiter H. d. u. i. gibt dann eine Darstellung der Verhältnisse im Hollenbach-Betrieb, die sich in der Kärgische auf die Verhältnisse im Hollenbach-Betrieb beziehen. Er betont dabei, daß durch die Haltung des Militärs die rechtzeitige Entspannung der Streiklage hätte eintreten können. Ein Schluß seiner Ausführungen forderte